

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Freitag, den 26. August 1921.

Die Tätigkeit des Wohnungsamtes der Stadt Wien im Juni 1921. Im Juni haben 4995 Wohnungswerber ihren Wohnbedarf bei den Wohnungsnachweisstellen zur Anmeldung gebracht. 6119 Meldeblätter über Wohnungsansuchen wurden in 103 Begutachtungssitzungen gesichtet, hiervon wurden 2369 Gesuche als bevorzugt, 3171 als berücksichtigungswürdig anerkannt und 579 abgelehnt. Es langten 646 Ansuchen um Wohnungstausch ein, hiervon 36 mit einer Wohnung außerhalb Wiens, von den in Behandlung stehenden Tauschgesuchen wurden 540 bewilligt und 44 abgewiesen. Angefordert wurden: 1.) nach dem allgemeinen Anforderungsrechte (Ende der Miete) 495 Wohnungen mit zusammen 1233 Wohnungsbestandteilen; 2.) nach dem besonderen Anforderungsrechte 1,332 Wohnungen und 251 Einzelräume mit zusammen 4938 Wohnungsbestandteilen; hiervon rechtskräftig 494 Wohnungen und 111 Einzelräume mit zusammen 1750 Wohnungsbestandteilen; außerdem 37 Doppelwohnungen. Von den Mietämtern wurde über 568 Einsprüche gegen Wohnungsanforderungen entschieden. 276 Einsprüche wurde Folge gegeben. Verwaltungsgerichtshofbeschwerden waren 120 anhängig. Seit Inkrafttreten der Verordnung bis zum Ende des Berichtesmonates verzichtete die Gemeinde Wien auf 26 Anforderungen, aus welchen Verzichtem dem Wohnungs- und Siedlungsfonds 9,040.000 Kronen zuflossen. Zugewiesen wurden 1024 Wohnungen: hiervon 118 an bisherige Untermieter. Amtliche Räumungen erfolgten 45.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Wien, 26. August 1921. - Abendausgabe.

Die Umgestaltung des Hietzinger Amtshauses in ein Wohnhaus. Wie bereits berichtet wird das alte Hietzinger Amtshaus in der Wattmangasse Nr. 12 von der Gemeinde zu Wohnzwecken umgestaltet werden. Der Umbau dieses Amtsgebäudes erfordert nicht wie angegeben nur 43.000 K., sondern diese Summe ist zur Herstellung einer Wohnung notwendig. Da 15 Wohnungen geschaffen werden, so ergibt sich ein Kostenaufwand von 645.000 K. Die Wohnungen werden hygienisch einwandfrei sein und es wird, sobald das Gebäude vollständig geräumt ist, sofort mit den Arbeiten begonnen werden.

Die Verhandlungen über den neuen Brotpreis. Heute Nachmittags fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisters eine Sitzung statt, an der die Vertreter des Bundesministeriums für Volksernährung, der Brotfabriken, der Kleinbäckerbetriebe und der Gehilfenschaft teilnahmen. In mehrstündiger Beratung wurden die Lohnforderungen der Bäckergehilfen und die Forderungen der Unternehmer über die Erhöhung der Sachregien geprüft, wobei festgestellt werden musste, dass nach den vorhandenen Unterlagen gewisse Differenzen in der Höhe der Sachregie bestehen. Sowohl der Bürgermeister als auch der Vertreter des Ministeriums für Volksernährung erklärten, dass eine Erhöhung zum grösseren Teil auf das Weissgebäck und nicht auf das rayonierte Brot überwälzt werden dürfte. Es konnte jedoch ein Beschluss über das Ausmass der Erhöhung ^{des Brotpreises/} nicht gefasst werden, sodass die Sitzung morgen (Samstag) Vormittags fortgesetzt wird.
